

Unterschrift zum Online-Erstantrag für die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II

Antragsteller/in

Name	Vorname

Ich versichere, dass die vorstehenden Angaben im Antrag vom _____ wahr sind und ich insbesondere alle Einkünfte und Vermögen, auch der in meinem Haushalt lebenden Angehörigen, lückenlos angegeben habe. Ich weiß, dass ich wegen wissentlich falscher oder unvollständiger Angaben strafrechtlich verfolgt werden kann (§ 263 Strafgesetzbuch - Betrug -) und zu Unrecht erlangte Leistungen erstatten muss.

Ich wurde darauf hingewiesen, dass ich mich gemäß § 34 SGB II ersatzpflichtig mache, wenn ich vorsätzlich oder grob fahrlässig die Voraussetzungen für meine eigene Hilfebedürftigkeit oder der mit mir in Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen herbeigeführt habe oder ich die rechtsgrundlose Zahlung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes an mich oder die mit mir in Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen herbeigeführt habe. Mir ist bekannt, dass als Herbeiführung auch gilt, wenn ich die Hilfebedürftigkeit erhöht, aufrechterhalten oder nicht verringert habe. Als Herbeiführung gilt auch, wenn Sie die Hilfebedürftigkeit erhöht, aufrechterhalten oder nicht verringert haben. Wenn Sie z.B. während des Leistungsbezuges erben oder aber ein Erbe/einen Erbteil ausbezahlt bekommen und Sie dieses Geld zur Schuldentilgung ausgeben, machen Sie sich unter Umständen ersatzpflichtig nach § 34 SGB II. Solche Einnahmen sind vorrangig für den Lebensunterhalt einzusetzen.

Über meine Mitwirkungspflichten und die Folgen fehlender Mitwirkung (§§ 60ff SGB I) bin ich unterrichtet worden. Ich bin ferner darüber informiert, dass ich jede Änderung der Familien-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse sowie vorübergehende Abwesenheit, Krankenhausaufenthalte usw., auch die von Haushaltsangehörigen, unverzüglich und unaufgefordert dem Leistungsträger mitzuteilen habe. Die Aufnahme jeder Arbeit, auch Gelegenheitsarbeit, werde ich vor Aufnahme der Arbeit gleicherweise dem Leistungsträger anzeigen.

Mir ist bekannt, dass Pflichtverletzungen und Meldeversäumnisse, für die kein wichtiger Grund angeführt werden kann, zu einer Minderung des Bürgergeldes führen können. Die Minderung beträgt je nach Stufe der Pflichtverletzung 10, 20 oder 30% des maßgebenden Regelbedarfs für 1-3 Monate, bei Meldeversäumnissen jeweils 10% des maßgebenden Regelbedarfs für einen Monat.

Ich bin darauf hingewiesen worden, dass meine Ansprüche, die ich gegen einen anderen (z. B. gegen einen unterhaltsverpflichteten Angehörigen), der nicht Leistungsträger ist, habe, bis zur Höhe der geleisteten Aufwendung des SGB II-Leistungsträgers auf diesen übergehen (gesetzlicher Forderungsübergang), und dass ich im Umfang des übergegangenen Anspruchs selbst keine Forderungen mehr gegen den anderen geltend machen kann. Mögliche Ansprüche teile ich dem Leistungsträger unverzüglich mit.

